

Erscheint täglich
früh 6 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisstraße 22.
Spezialredaction der Redaktion:
Bismarckstr. 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Preis-Anlage 15,500.

Abonnementpreis vierteljährlich 4 $\frac{1}{2}$ M.,
incl. Frachtlohn 5 M.,
durch die Post bezogen 6 M.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbefreiung 30 M.
mit Postbefreiung 45 M.
Jahrespreis 48 M., Postzettel 30 M.
Großere Exemplare laut anderen
Preiseberechnung - Tabellen mit
Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsfeld
die Spalte 40 Pf.
Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. - Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung pro numeris
oder durch Postwechsel.

N \circ 142.

Mittwoch den 22. Mai 1878.

72. Jahrgang.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Beipzig, 21. Mai.

Der Gesetzentwurf „zur Abwehr social-demokratischer Ausbreitungen“ hat den Bundesrath passiert und ging dem Reichstage unmittelbar zu. Eine Verbesserung hat er im Bundesrath infolge der Verhandlungen, als §. 6, lautet: „Wer öffentlich durch Rede oder Schrift es unternimmt, in Verfolgung der in §. 1 bezeichneten Ziele die bestehende rechtliche oder sittliche Ordnung zu untergraben, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft“ gestrichen worden ist. Es bleibt indes noch genug übrig, um den Entwurf in seiner gegenwärtigen Gestalt unannehmbar zu machen. Die Tendenz der Vorlage ist, Alles zu unterdrücken, was „die Ziele der Socialdemokratie“ verfolgt. Ein weniger haltbarer Ausdruck ist in einem Gesetze wohl kaum jemals gebraucht worden. Ein bloßer Namenswechsel der Socialdemokratie würde das Gesetz, wenn es streng nach seinem Wortlaute gehandhabt werden sollte, illusorisch machen. Zudem stehen die Grenzen des Begriffs „Socialdemokratie“ durchaus nicht fest. Und noch weit unbestimmter ist, was Alles sich unter den „Zielen der Socialdemokratie“ verstehen läßt. Ist nicht der zehnjährige Normalarbeitstag aus der am eifrigsten erstrebten Ziele der Socialdemokratie? Nun wohl, der Bundesrath würde nach dem vorliegenden Gesetzentwurf jede die Einführung des Normalarbeitstages empfehlende Schrift, und wäre sie noch so streng wissenschaftlich gehalten, ohne Weiteres verbieten können. Ja, es liegen sich die wunderlichsten Konsequenzen ziehen. Bekanntlich wird der zehnjährige Normalarbeitstag für jugendliche Arbeiter in gewissen industriellen Kreisen als die tatsächliche Einführung des Normalarbeitstages überhaupt angefochten. Nun haben aber die Regierungsvertreter in den neulichen Gewerbeordnungsdebatten an den Bestimmungen über die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter mit Entschiedenheit festgehalten, obwohl sie Schulter an Schulter mit den Socialdemokraten kämpften. Wie nun, wenn der Bundesrath eines Tages sich läßt als einen „die Ziele der Socialdemokratie“ verfolgenden Verein erkennen würde? Wir wissen, man nennt das absurde Wortlauberei; man verlangt, daß dem Bundesrath volles Vertrauen hinsichtlich einer verständigen und maßvollen Ausübung der ihm zu übertragenden discretionären Befugnisse entgegengebracht werde. Aber hat denn der Bundesrath irgend welche Verantwortlichkeit gegenüber dem Reichstage, welche doch die Voraussetzung einer so weitgehenden Vertrauensforderung sein würde? Der Reichstag würde sich offenbar nur nach seinem Vertrauen zu den einzelnen Regierungen entscheiden können. Und nun findet sich, daß gerade in diesem Augenblicke die Regierung desjenigen Staates, der fast Zweidrittel des Reiches umfaßt, eine der bedenklichsten Krisen durchschreitet. Niemand hat die Sicherheit, ob in dem Augenblicke, da das Reichsgesetz gegen die Socialdemokratie in Kraft tritt, überhaupt noch ein der gegenwärtigen Mitglieder des preussischen Ministeriums auf seinem Platze sein würde. Das inmitten einer solchen Situation eine Vollvertretung so erhebliche Vollmachten nicht billigen kann, versteht sich von selbst; unverständlich ist nur, wie sie überhaupt verlangt werden können.

Im Bundesrathe haben, wie man hört, bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf gegen die Socialdemokratie Hamburg und Bremen gegen denselben gestimmt.
Die Nachrichten über das Entlassungsgeheiß des Cultusministers Dr. Falk lauten heute nicht ganz übereinstimmend. Während die „conservative“ „Post“ das Verbleiben des Ministers in seinem Amte als „höchst wahrscheinlich“ bezeichnet, meldet die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“, abweichend officiös, daß in dieser Angelegenheit eine entscheidende Wendung nicht eingetreten und demnach auch kaum zu erwarten sei. Wenn das letztere Blatt hinzusetzt, daß die Angelegenheit nach ihrem augenblicklichen Stande zu Andeutungen über weitere daraus mögliche Konsequenzen nicht die geringste berechnete Veranlassung biete, so steht damit im Widerspruch die aus guter Quelle stammende Mitteilung, daß das ganze Ministerium sich mit Herrn Falk solidarisch gemacht habe. Die Annahme des Entlassungsgeheißes in höchster Stelle würde also eine vollständige Ministerkrise zur Folge haben.
Nach der „Magd. Ztg.“ verlautet, daß der Reichstanzler von dem Rücktrittsgesuch Fall's sich so überrascht worden ist, wie dessen übrige Kollegen, und daß er gewonnen ist, Alles zu versuchen, um den Cultusminister zu bewegen, im Amte zu verbleiben, da der letztere bei dem gegenwärtigen Stande der kirchenpolitischen Streitigkeiten, besonders gegenüber der römischen Curie, durchaus unerlässlich und unentbehrlich sei. Es wird das aber auch für den Fürsten Bismarck, wie man allgemein annimmt, ein schweres Stück Arbeit sein, denn Fall ist ein Charakter, der keinen Schritt

aus Ueberzeugung und ohne alle Folgen abzuwägen unternimmt, und ohne ganz bestimmte und klare Garantien dafür, daß er in Zukunft seine Intentionen zur Ausführung bringen kann, wird sich der Cultusminister kaum zum Verbleiben in seiner verantwortungsvollen Stellung überreden lassen.
Der „Elberf. Ztg.“ wird in Bezug auf den Rücktritt Fall's geschrieben: „Hoffentlich gelingt es dem Reichstanzler, der sich bisher noch immer solidarisch mit ihm erklärt und verhalten hat, die Ausführung der Absicht zu verhüten. Er wird am Ende doch wohl noch mehr Einfluß beim Kaiser besitzen als die anonyme „Katholiken-Adresse der Germania“. Fall's Rücktritt würde den Uebergang der national-liberalen Fraction im Abgeordnetenhaus zur Opposition, befristete ich, fast unvermeidlich nach sich ziehen. Auf wen sollte sich denn auch ihr Vertrauen in Bezug auf die innere Politik noch stützen? Bismarck ist größtentheils fern, Friedenthal verwaltert kein eigentlich politisches Ressort und hat das entscheidende Ministerium des Innern wiederum abgeben müssen. Dazu kommt, daß die National-liberalen wußten, Fall werde einen gegen sie und ihre höchsten politischen Grundsätze gerichteten Feldzug niemals mitmachen. Sein Verbleiben war für sie daher schon seit dem jüngsten theilweisen Ministerwechsel die letzte Bürgschaft, daß sie fortfahren könnten, die Regierung im Innern zu unterstützen. Ein Gehen würde nothwendig eine unheilvolle Klüftung aufreißen.“ Ganz unsere Meinung.
Wie aus Posen gemeldet wird, hat das Domcapitel beschlossen, anlässlich der glücklichen Errettung des Kaisers, am nächsten Sonntag ein feierliches Te Deum abzuhalten. Das genannte Blatt fordert alle Kirchen der Diocese auf, diesem Beispiele zu folgen.
Der bisher noch dunkle Punkt, woher Hödel die größte Geldsumme, in deren Besitz er sich in letzter Zeit noch befand, gehabt habe, hat seine Lösung erfahren. Man schreibt darüber der „Allg. Zeitung“ aus Leipzig: „Der wackere Sohn hat seine Eltern befohlen. Dieselben verwarnten in einer Uade ihren Sparspfennig, eine Summe von 168 Mark; jetzt mußten sie die Entscheidung machen, daß dieselbe auf Zimmerwidersehen verschwinden sei. Mit dieser Thatfache fällt nun auch die große Declaration des socialistischen Amtsblattes „Vorwärts“ in sich zusammen, daß Roth und Glend den Geist Hödel's umnachtet und zu der That getrieben haben. Hödel wußte sich, wie man sieht, gegen Roth und Glend zu helfen, und so wird es denn trotz alles Windens und Drehens der Socialdemokratie dabei sein Verwenden haben, daß Hödel der Ihre bleibt, daß sie es gewesen, welche mit ihren Lehren den Sinn dieses Menschen verwirrt und auf die Bahn der Verworfenheit und des Verbrechens gebracht hat.“
Aus Weimar, 20. Mai, berichtet man: In der heutigen ersten Sitzung des wieder zusammengetretenen Landtags gedachte der Landtagspräsident mit warmen Worten der glücklichen Errettung des Kaisers bei dem gegen denselben verübten Attentat; der Landtag beschloß, den Kaiser durch den Vorstand des Landtags beglückwünschen zu lassen.
Die „Dörfner“ bringt aus Rom vom 18. Mai folgendes Telegramm: „Die Glückwünsche des Papstes in Veranlassung des Attentats haben in Berlin den besten Eindruck gemacht. Der Papst erhielt Dankfagnungen von großer Ehrlichkeit.“ - Unter den zahllosen Glückwünschen, welche Kaiser Wilhelm aus Anlaß seiner Errettung von dem niederösterreichischen Attentat am 11. d. vorgebracht worden sind, befindet sich auch, wie die „Post“ hört, ein solcher der Kaiserin Eugenie. Derselbe soll Bezug darauf nehmen, wie seiner Zeit der Prinz von Preußen aus Anlaß des Orfanischen Attentates auf den Kaiser Napoleon demselben seine Theilnahme bezeugt habe.
Aus Berlin, 20. Mai, wird geschrieben: Die außerordentliche marokkanische Gesandtschaft ist heute Morgen 7 $\frac{1}{2}$ Uhr auf der Potsdamer Bahn hier eingetroffen und hat im Hotel de Rome eine Reihe Zimmer der ersten Etage bezogen. Auf der Fahrt vom Bahnhofe nach dem Hotel sah Major von Rosenbergh, der mit dem Hauptmann von Devernjörde der Gesandtschaft seitens des deutschen Reiches beigegeben ist, neben dem Botschafter Sid Tibi Ben-Hima im ersten Wagen. Im zweiten Wagen folgten alsdann die beiden Secretaire, im dritten die Officiere u. s. w. Die Mitglieder der Gesandtschaft haben sämmtlich scharf ausgeprägte orientalische Züge, die Hautfarbe der oberen Beamten ist nahezu hellgelb, die der Diener fast schwarz. Der Botschafter trug einen mächtigen weißen Turban und einen weiten Mantel von derselben Farbe, der die ganze Gestalt einhüllte und nur die gelblichen Strümpfe, sowie die gleichfarbigen, reich gestickten Pantoffeln sehen ließ. Die Secretaire, sowie die Officiere hatten eine ähnliche Kleidung, nur daß die Pantoffeln bei ihnen von rother Farbe waren. Die Diener trugen weiße Turbane, blaue Mäntel

und rotte Pantoffeln, ihre Beine waren unbedeckt. Der Dolmetscher endlich war nach europäischer Art gekleidet, sein Haupt bedeckte ein rother Fez. Die Gesandtschaft führt eine eigene Küche mit sich.
Aus Paris, 20. Mai, meldet man der „Post“: Die marokkanische Gesandtschaft, welche sich nach Berlin begiebt, ist gestern hier eingetroffen. - Die Meldung von der Vorlegung eines Gesetzes gegen Ausbreitungen der Socialdemokratie seitens der preussischen Regierung hat die republikanischen Blätter zu ungläubigen Commentaren veranlaßt. Die „Rep. française“ meint, ein Druck sei kein Heilmittel, sondern verschlimmere und steigere das Uebel nur. Das Blatt weist auf Frankreich hin, welches Ausnahmegesetze durchgemacht habe, und wo jetzt der Socialismus alle Gefähr verloren, da die politische Freiheit das beste Gegenmittel gewesen.
Aus London wird berichtet: Der heutigen Sitzung im Oberhause wohnten der Kronprinz und die Kronprinzessin des deutschen Reiches bei. - Lord Selborne lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Verfassungswidrigkeit, welche sich dadurch befinde, daß indische Truppen in Friedenszeiten außerhalb Indiens ohne Zustimmung des Parlaments verwendet werden; der Redner unterstützt seine Ausführungen durch Heranziehung mehrerer Beispiele aus der Geschichte. - Im Unterhause antwortete der Schatzkanzler Northcote auf eine Anfrage Ashley's, die Regierung habe ihre guten Dienste aufgewandt, um einen Waffenstillstand zwischen den Türken und den Insurgenten auf Areta herzustellen. Derselbe erwidert auf eine Anfrage Mac Artburn's, daß von dem englischen Gesandten in China, Wade, mit der chinesischen Regierung getroffene Abkommen sei von der englischen Regierung noch nicht formell gebilligt; einige Bestimmungen derselben bedürften auch der Zustimmung der übrigen Vertragsmächte. Der Marquis von Hartington beantragt unter dem Vorfall der Liberalen seine angeklündigte Resolution in Betreff der indischen Truppen.
Dem zu Ehren des Geburtstages der Königin Victoria bei Lord Beaconsfield am 25. d. stattfindenden Galaabend wird der Prinz von Wales einwöhnen. - Dem „Standard“ zufolge tritt der „Alert“ unter Captain Rares demnächst eine Erforschungsexpedition nach dem Südpol an. - Nach einem Telegramm der „Times“ aus Calcutta ist dort die unverweilt Errichtung von Küstenbesatzungen anbefohlen worden.
Die Transportschiffe „Radura“, „Hodopodar“, „Camara“, „Baron Colonsay“ und „Grambletore“ sind mit indischen Truppen in Port Said eingetroffen und haben dann die Reise nach Malta fortgesetzt.
Wie den „S. R.“ aus London, 17. Mai, geschrieben wird, ist zwischen der englischen und französischen Regierung ein Abkommen getroffen worden, wonach Frankreich nichts dagegen einzuwenden hat, daß England ein indisches Contingent im Falle des Ausbruches eines Krieges in Egypten stationirt. Selbstverständlich würde England gern Egypten zur Operationsbasis machen, da Malta zu klein ist, um viele Truppen zu fassen und jetzt bereits überfüllt sein soll. England hätte zwar eine starke Truppenmacht auf einer der türkischen Inseln einquartieren können. Es zieht jedoch Egypten vor, weil es schneller Truppen von Bombay dorthin bringen und sie wieder von Alexandria schnell nach dem Kriegsschauplatze befördern konnte. Die Hauptsache für England aber war, die französische Empfindlichkeit in dieser Hinsicht zu beruhigen, und es scheint ihm gelungen zu sein.
Nachrichten aus Petersburg zufolge soll die Friedenspartei jetzt geneigt sein, in der bulgarischen Frage Zugeständnisse zu machen. Man spricht sogar davon, daß der Tributstaat Bulgarien sich nur bis gegen die Südseite des Balkans ausdehnen solle, während der andere Theil Reformen, die unter europäischer Controle gestellt würden, erhalten, im Uebrigen aber bei der Fronte bleiben solle. Rußland würde also auf diesem Punkte den englischen Forderungen entsprechen. Die Geltendmachung der von Oesterreich erhobenen Einwendungen gegen die im Vertrage von San Stefano enthaltenen Bestimmungen wegen Serbien und des Hafens für Montenegro im Adriatischen Meere würde, wie schon früher bemerkt, Oesterreichs Sache sein. Es verlautet indessen von Gegenforderungen Rußlands, welche Schmaloff nach London überbringen werde und über deren Richtung noch nichts bekannt ist. Die Verhandlungen werden also jedenfalls noch einige Zeit dauern.
In Warschau hat am Sonntag in der evangelischen Kirche anlässlich der glücklichen Errettung des Kaisers Wilhelm ein Dankgottesdienst stattgefunden. Zahlreiche Mitglieder der deutschen Colonie wohnten demselben bei.
Im Rhodope-Gebirge haben neuerdings Kämpfe stattgefunden. Die Russen sollen bei Rhakoez gegen 200 Mann verloren haben.
Der russische Botschafter in Konstantinopel Fürst

Kobanoff empfing am Sonntag Deputirte der russischen Colonie. Der Fürst gab seinen Friedenswünschen und Hoffnungen Ausdruck. Das Austreten desselben wird von den der Fronte nahestehenden Kreisen, bei denen der Fürst zum Theil noch aus früherer Zeit beliebt und angesehen ist, als sehr föhlich geschätzt.
Gymnasium und Realschule.
Der Streit zwischen Gymnasium und Realschule ist vor Kurzem, wenn auch in Beschränkung auf ein ganz specielles Gebiet, in der Petitioncommission des Reichstags zur Verhandlung gekommen, und es liegt jetzt darüber der bereits kurz erwähnte, vom Abg. Dr. Stephan erstattete Bericht vor. Eine zahlreiche unterstützte Petition bittet, daß den Abiturienten der Realschulen I. Ordnung die Berechtigung zum Studium der Medicin gewährt werde. Daß das Reich für die Regelung dieser Frage zuständig ist, unterliegt keinem Zweifel; denn die Vorschriften für den Nachweis der Befähigung der Aerzte erläßt der Bundesrath, und die demgemäß unter dem 25. September 1869 erlassene Prüfungsordnung macht die Verbringung des Gymnasialzeugnisses der Reife zur Vorbedingung für die Zulassung zur ärztlichen Prüfung. Was nun die Frage selbst betrifft, so glaube der Referent die Behauptung der Petenten für richtig anerkennen zu müssen und aus seiner Erfahrung besätigen zu können, daß häufig von medicinischen Universitätslehrern Klagen erhoben werden über die mangelhafte Vorbildung der jungen Mediciner durch die Gymnasien, eine Klage, die sehr natürlich erscheine, wenn man erwäge, daß bei dem erweiterten Umfang der Naturwissenschaften das Gymnasium eine genügende Vorbildung dafür kaum anders, als unter Beschränkung des philosophisch-historischen Unterrichts werde gewähren können, da Angesichts der berechtigten Klagen wegen Ueberfüllung der Schüler mit Lehrstoff und Arbeiten von einer noch weiteren Vermehrung der Unterrichtsstunden wohl ernstlich nicht die Rede sein könne. Als selbstverständlich sei davon auszugehen, daß dem künftigen Mediciner keine geringere wissenschaftliche Bildung und Vorbereitung zu geben sei, als denen, die andere wissenschaftliche Berufsarten wählen. Die Frage sei nur, ob die beste Vorbildung hierfür auch heute noch ausschließlich im Gymnasium gefunden werden könne. Und in dieser Hinsicht werde man sich doch für eine Theilung der Arbeit entscheiden müssen, so daß die Vorbereitung für die einen Berufsarten, die historisch-philologischen dem Gymnasium, für die anderen, die mathematisch-naturwissenschaftlichen der Realschule übertragen würde. Denn die Unausführbarkeit des vielbesprochenen Gedankens, durch theilweise Reform des Gymnasiums sowohl wie der Realschule aus beiden eine Einheitsschule zu schaffen, der allein, um einen angehenden Mann in der Bildung der Nation zu vermeiden, alle wissenschaftliche Vorbildung übertragen werden solle, habe sich doch wohl zur Uebersicht herausgestellt, da es nicht mehr möglich erscheint, die gesamte Vorbildung für alle wissenschaftlichen Berufsarten völlig gleichartigen Anhalten zu übertragen. Nach wie vor werde es die Aufgabe der Bildungsanstalten bleiben, den Geist zu wissenschaftlicher Thätigkeit zu wecken und anzuleiten, das frische Streben nach immer neuer Erkenntniß im Schüler lebendig zu erhalten und ihm den rechten Weg dahin zu zeigen. Für die naturwissenschaftlichen und medicinischen Studien aber könne bei dem gesteigerten Umfang derselben die Anstalt, welche für die historisch-philosophischen Fächer die beste Vorbildung gewähre und für sie vorzugsweise berechnet sei, nicht mehr für die Realschule der Schülerindividualitäten die geeignete Vorbildung gewähren. Vor Allem sei die Klage über mangelnde mathematische Vorbildung und über die mangelnde Fähigkeit, körperliche Erscheinungen richtig zu beobachten, für den Mediciner so unentbehrlich, eine von den medicinischen Universitätslehrern jetzt oft ausgesprochene. In den „Ademischen Gutachten über die Zulassung von Realschul-Abiturienten zu Facultätsstudien, amtlicher Ausdruck Berlin 1870“, welche auf Grund eines preussischen Ministerialrescripts vom 9. November 1869 von den 9 preussischen Universitäten über das bezeichnete Thema damals erstattet worden seien, hätten sich, was die medicinischen Studien betrifft, 4 Facultäten (Greifswalde, Göttingen, Kiel und Königsberg) für die Zulassung der Realschul-Abiturienten zum medicinischen Studium ausgesprochen, 4 dagegen (Berlin, Breslau, Halle und Warburg), während eine (Bonn) eine vermittelnde Stellung einnahm. Außerdem aber habe sich einestheils die Zahl der Medicin Studierenden bedeutend vermindert und das Verhältniß des ärztlichen Personal zum Bevölkerungsjiffer sei gegen frühere Jahre ungünstiger geworden, so daß eine ernste Nothwendigkeit vorliege, auf eine Vermehrung der Aspiranten des ärztlichen Berufs Bedacht zu nehmen, ein Umstand, der für die